Berichtsvorlage
SHA/017/2022

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Sozialausschuss	13.10.2022	öffentlich	Bericht

Betreff:
Wohngeldreform 2023

Bericht:

Am 04.09.2022 hat die Bunderegierung im Kontext des sog. dritten Entlastungspaketes „die größte Wohngeldreform in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ angekündigt.

Neben einer Dynamisierung mit der Anpassung des Wohngeldes an die allgemeine Mieten- und Verbraucherpreisentwicklung soll erstmals die Integration einer Klimakomponente sowie eine verstetigte Heizkostenkomponente erfolgen. Darüber hinaus ist als kurzfristige Vorab-Maßnahme ein neuerlicher einmaliger Heizkostenzuschuss für Wohngeldhaushalte für den Zeitraum vom September bis Dezember 2022 vorgesehen. Konkretere Informationen zur Ausgestaltung der Reform liegen derzeit noch nicht vor.

Als Folge dieser Reform sollen lt. Bundesregierung zukünftig 2.000.000 Haushalte bundesweit Wohngeld beziehen. Im Jahr 2020 waren lt. dem Statistischen Bundesamt 618.165 Haushalte im Wohngeldbezug.

Im Rahmen der Sitzung wird über den zum Sitzungszeitpunkt bekannten aktuellen Stand zur geplanten Wohngeldreform berichtet.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☒ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☐ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☒ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Leistungen nach dem WoGG sind geeignet, Benachteiligungen unterschiedlicher Gruppen auszugleichen

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐